

DDR



Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
 Autor: Stefan Wolle; Gestaltung: Mohr Design
 1. Auflage: September 2024; CC BY-SA 4.0; bpb.de/spicker

Historische Wegmarken

1945 Am 8. Mai geht mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Deutschland wird von den alliierten Siegermächten Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und USA in vier Besatzungszonen aufgeteilt, Berlin in vier Sektoren.

7. Okt. 1949 In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wird die **Deutsche Demokratische Republik (DDR)** gegründet. Aus den westlichen Besatzungszonen war bereits am 23. Mai 1949 mit Inkrafttreten des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland (BRD) hervorgegangen. Für West-Berlin bleibt der alliierte Sonderstatus erhalten, Ost-Berlin wird zur Hauptstadt der DDR (→ S. 1).

17. Juni 1953 Menschen im ganzen Land streiken und demonstrieren für Freiheit und bessere Lebensbedingungen. Die sowjetische Besatzungsmacht erklärt den Ausnahmezustand und schlägt den **Volksaufstand** mit Gewalt nieder, wobei mindestens 55 Menschen sterben.

13. Aug. 1961 Von September 1949 bis August 1961 fliehen 2,8 Millionen Menschen aus der DDR in die BRD („Republikflucht“). Die SED-Führung reagiert mit dem **Mauerbau** (→ S. 6).

1963 – 1971 Wirtschaftliche und gesellschaftliche **Erneuerungsbestrebungen** der SED-Führung unter Walter Ulbricht bleiben in den Anfängen stecken und scheitern am Reformunwillen des SED-Apparates.

1971 – 1976 Die DDR wird international anerkannt. Im Inneren kommt es unter der Führung von Erich Honecker zu **kulturpolitischen Lockerungen** und zur Einführung umfangreicher **Sozialleistungen**.

9. Nov. 1989 Massendemonstrationen führen zum **Mauerfall** und läuten einen Umbruch ein. Am 18. März 1990 kommt es zu **freien Volkskammerwahlen**, bei denen sich fast die Hälfte der Wähler/-innen für eine rasche Vereinigung mit der BRD ausspricht.

3. Okt. 1990 Die DDR tritt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Damit ist die **staatliche Einheit Deutschlands** vollendet.

Sozialistische Planwirtschaft

Gemäß der sozialistischen Ideologie wurde auch die Wirtschaft umgebaut:

- Die staatlichen Wirtschaftsinstanzen bestimmten unter Leitung der SED mithilfe von Plänen (z. B. „**Fünfjahrplan**“) die Produktion und Verteilung aller Güter und Dienstleistungen und legten deren Preise verbindlich fest.
- Nach 1945 wurde die Großindustrie durch die sowjetische Besatzungsmacht enteignet, schrittweise in **Volkseigene Betriebe (VEB)** überführt und somit verstaatlicht. Privatbetriebe wurden nach und nach zurückgedrängt.
- Der Großgrundbesitz wurde ab 1945 durch eine Bodenreform neu aufgeteilt. „Einzelbauern“ mussten sich 1960 zu **Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)** zusammenschließen (Zwangskollektivierung). So entstand eine moderne agrarische Großproduktion.

Die zentrale Planung der Wirtschaft war ineffizient und bürokratisch. Der Wegfall von Konkurrenz verminderte Leistungsanreize. 1972 wurden die meisten Privatbetriebe enteignet, dadurch verstärkten sich die Versorgungsprobleme. Aus dem strengen Festhalten an der Preisstabilität, ständig steigenden Löhnen und den nicht gegenfinanzierten Sozialleistungen resultierte ein Mangel an Waren und Dienstleistungen aller Art. Für stark nachgefragte Güter wie Autos gab es lange Wartelisten.

Trotz aller Probleme verfügte die DDR zum Teil über eine hochentwickelte Industrie, etwa in der Chemie-, Elektro- und Textilbranche sowie im Maschinenbau, der Feinmechanik und Optik. In den 1980er Jahren war man in der technologischen Entwicklung jedoch so weit zurückgefallen, dass die Produkte nicht mehr weltmarktfähig waren.

Kontrolle und Unterdrückung

Die DDR war geprägt von einem strengen System der Kontrolle und Unterdrückung. Meinungsfreiheit, wenngleich verfassungsrechtlich zugesichert, existierte ebenso wenig wie Pressefreiheit. Das **Ministerium für Staatssicherheit** (MfS, im Volksmund „Stasi“) wachte mithilfe eines engmaschigen Spitzelsystems aus hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern (IM) über die Bürger/-innen. Zwischen 1950 und 1990 waren insgesamt etwa 624.000 Personen als IM tätig.

Das Unterdrückungssystem des MfS funktionierte nur im engen Zusammenwirken mit der SED, der Volkspolizei und der Justiz. So gab es in der DDR rund 250.000 **politisch motivierte Gerichtsurteile**. In den 1970er und 1980er Jahren saßen stets mehr als 3.000 politische Häftlinge in Gefängnissen wie der DDR-weit bekannten Haftanstalt Bautzen II ein.

Die militärisch gesicherte Staatsgrenze zur Bundesrepublik, also die innerdeutsche Grenze und die Berliner Mauer, war Teil des „Eisernen Vorhangs“ (→ S. 1) und bedeutete das faktische Ausreiseverbot für den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Weit über 100.000 DDR-Bürger/-innen versuchten zwischen 1961 und 1989, die Grenze zwischen den Machtblöcken illegal zu überwinden. Mindestens 600 dieser „ungesetzlichen Grenzübertreter“ wurden aufgrund des Schießbefehls von DDR-Grenzsoldaten erschossen bzw. starben bei ihren Fluchtversuchen.

Neben dem System unmittelbarer Gewaltausübung existierte eine umfassende Praxis der Bevorzugung und Benachteiligung von Bürger/-innen entsprechend ihrer Nähe zum SED-Regime. Das betraf Ausbildungs- und Karrierechancen, die Wohnungsvergabe, den Zugang zu Konsumgütern, Reisemöglichkeiten oder die Gesundheitsfürsorge.

Parteidiktatur der SED

In der DDR lag alle politische Macht in den Händen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die 1946 aus der Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei (KPD) und der Sozialdemokratie (SPD) hervorgegangen war. Die übrigen Parteien („Blockparteien“) hatten kaum Mitspracherechte, weshalb man von einer Parteidiktatur sprechen kann. Oberstes Machtorgan des Staates war das **Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der SED**, das alle wichtigen Fragen entschied. Die SED beanspruchte und praktizierte die Vorherrschaft in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, was sich nicht zuletzt im ideologisch geprägten Erziehungssystem widerspiegelte.

Unterhalb des Politbüros existierte eine **Doppelstruktur von Partei- und Staatsapparat**. Die Instanzen der Partei waren dabei allen staatlichen Gremien (Exekutive, Legislative, Judikative) gegenüber weisungsberechtigt. Über die Besetzung von wichtigen Posten entschied allein die SED („Kadersystem“). Die Grundrechte waren in der DDR außer Kraft gesetzt, obwohl sie teilweise in der Verfassung erwähnt wurden. Insofern ist die Zuschreibung „Unrechtsstaat“ treffend, wenn auch nicht jeder Rechtsakt rückblickend Unrecht war.

Verhältnis der beiden deutschen Staaten
 DDR und BRD standen sich während des Kalten Krieges äußerst feindselig gegenüber. Die BRD weigerte sich bis 1972, die DDR als Staat anzuerkennen, und sprach auch danach von zwei Staaten einer Nation. Die DDR dagegen sah sich als eigene Nation und grenzte sich strikt vom Westen ab. In welch geringem Maße diese Politik in der Bevölkerung verwurzelt war, zeigte sich bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, die ein überwältigendes Votum für Freiheit, Demokratie und Wiedervereinigung ergab.

Scheitern der DDR

Die DDR scheiterte nicht zuletzt an dem selbst gesteckten Anspruch ihrer Gründergeneration, das „bessere Deutschland“ zu sein. Fünf wichtige Faktoren spielten eine Rolle für das Scheitern der DDR:

- 1) Mangelnde Legitimation**
 Die DDR konnte sich zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz auf eine demokratische Mehrheit innerhalb der eigenen Bevölkerung stützen. Alle Wahlen seit 1950 fanden nach einer von der SED zusammengestellten Einheitsliste statt. Das Ergebnis von rund 99 Prozent Zustimmung stand vorher fest.
- 2) Unklare Identität**
 Die SED-Führung versuchte ab 1972, die DDR als eigene Nation mit eigenen regionalen Traditionen zu definieren. Diese Ideologie schlug jedoch in der Bevölkerung kaum Wurzeln.
- 3) Wirtschaftlicher Niedergang**
 Alle Versuche, die Planwirtschaft effizienter zu gestalten, scheiterten an der Reformunfähigkeit des politischen Systems. Der DDR gelang es nie, die an westlichen Konsumvorstellungen ausgerichteten Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu erfüllen.
- 4) Permanente Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte**
 Jeder Versuch einer tiefgreifenden Demokratisierung gefährdete die Macht der SED und war deswegen zum Scheitern verurteilt.
- 5) Auflösung des Ostblocks**
 Die DDR war historisch gesehen ein Produkt des Kalten Krieges, also des globalen Konflikts zwischen den marktwirtschaftlich und demokratisch orientierten Staaten unter Führung der USA („Westmächte“) und der kommunistischen Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten („Ostblock“). Der in den 1980er Jahren einsetzende Zerfall des Ostblocks trug auch zum Ende der DDR bei.

Marxismus-Leninismus

Um ihre Herrschaft zu legitimieren, bezog sich die SED auf den „Marxismus-Leninismus“ als ideologische Grundlage. Er wurde als wissenschaftliches System verstanden, mit dem die gesellschaftliche Entwicklung allgemeingültig erklärt und vorhersehbar gemacht werden könne. Die Lehre galt mit den Worten Lenins als „almächtig, weil sie wahr ist“ und war ein verbindliches Studienfach für Studierende aller Fachrichtungen.

Zentrale Begriffe und ihre Bedeutung:

- 1. Kapitalismus** = ein System der Ausbeutung und Unterdrückung, das durch Privateigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet und durch die Revolution der „ausgebeuteten Klassen“ (= Proletariat) zu überwinden ist
- 2. Imperialismus** = das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus, in dem Großmächte wie die USA gemeinsam mit den großen Monopolen (marktbestimmende Großkonzerne) nach der Weltherrschaft greifen
- 3. Sozialismus** = die „Diktatur des Proletariats“, die durch Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln gekennzeichnet ist und im unversöhnlichen Gegensatz zum Kapitalismus steht
- 4. Kommunismus** = klassenlose Gesellschaft nach dem weltweiten Sieg des Sozialismus

Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895) verfassten 1848 gemeinsam das „Manifest der Kommunistischen Partei“, das als Grundlagenwerk des Marxismus gilt. Wladimir Iljitsch Lenin (1870 – 1924) entwickelte den Marxismus mit eigenen Werken weiter (z. B. „Staat und Revolution“), führte die Russische Oktoberrevolution (1917) an und wurde zum Gründer der Sowjetunion.

Umstrittenes Erinnern

Wie soll man sich heute an die DDR erinnern? Die Frage ist immer wieder Gegenstand hitziger Debatten. Die einen weisen darauf hin, dass das Leben in der DDR nicht ausschließlich frei war und auch positive Aspekte hatte. Andere fordern, das in der DDR verübte Unrecht als solches zu benennen und aufzuarbeiten. Dieser Kampf um die „Deutungshoheit zur DDR“ lässt sich an einigen Stichworten verdeutlichen:

Alltag: Die Unterdrückung durch SED und MfS haben viele Menschen im Alltag nicht wahrgenommen, und versucht, jenseits von Politik und Ideologie ihr Leben zu gestalten. Dies erscheint vielen ehemaligen DDR-Bürger/-innen im Rückblick als idyllischer Zustand.

„Antifaschismus“: Ihrem Selbstverständnis nach war die DDR ein antifaschistischer Staat und damit offiziell frei von Rassismus und Rechtsextremismus. Um dieses Bild aufrechtzuerhalten, wurden rassistische Vorfälle verschleierte.

Friedenspolitik: Frieden galt als oberstes Gebot für die SED, doch zugleich lautete die Losung: „Der Frieden muss bewaffnet sein.“ Faktisch war die Gesellschaft, nicht zuletzt auch das Bildungssystem, in hohem Maße militarisiert.

Solidarität: Es gab in der DDR einen großen Zusammenhalt unter Kolleginnen, Freunden und Familie. Allerdings fußte dieser nicht zuletzt auf dem allgegenwärtigen Mangel an Gütern und Dienstleistungen.

Soziale Sicherheit: Die niedrigen Mieten, die günstige Kinderbetreuung oder auch die staatlichen Kredite für Eheleute garantierten soziale Sicherheit. Diese Subventionierung trug jedoch zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR bei.